

EGAM-WOHNUNGEN: MIETZINSRÜCKLAGE AUSGERÄUMT

Opfer des Privatisierungswahns

Liftkosten, obwohl es keinen Lift gibt, unklare Betriebskostenabrechnungen ohne Begründungen, Verweigerung von Auskünften – der Verkauf der EGAM-Wohnungen, bis 2006 in Bundesbesitz, macht nur Probleme.

Viele Mieter der EGAM-Wohnungen sind höchst unzufrieden mit der Linzer Wohnungsgesellschaft Wohnbau 2000, die Eigentümerin dieser Anlagen ist. In unserer Mietrechtsberatung häuften sich die Beschwerden. Medien berichteten von turbulenten Mieterversammlungen.

Die Vorschreibung von

Liftkosten in Häusern ohne Lift, unklare Betriebskostenabrechnungen, keine Auflage der Unterlagen zur Betriebskostenabrechnung vor Ort, die Verweigerung von Auskünften bei Anrufen in Linz – das sind nur einige der Beschwerden. Am schwerwiegendsten

EGAM-Häuser in Spielberg



ist, dass die Wohnbau 2000 von den Mietern per Brief die Einwilligung in eine Sanierung der Häuser fordert, ohne konkrete Angaben über die geplanten Maßnahmen, deren Kosten und vor allem deren Finanzierung zu geben.

Das sind unhaltbare Zustände. Leider entsprechen sie der Logik von privaten Wohnbaugesellschaften, die natürlich nur am Profit interessiert sind. Das dies überhaupt möglich wurde, haben die Mieter der ÖVP-BZÖ-Regierung zu verdanken. Alle EGAM-Wohnungen wurden vom Bund verkauft. Zuerst wurden die Wohnungen an die Grund I.G. Immobilien GmbH. verschertelt, nach kurzer Zeit von dieser an die Wohnbau 2000 weitergereicht. Mit der Privatisierung der EGAM-Wohnungen wurde eine Initiative aus der Kreisky-Ära zur Schaffung von billigem Wohnraum zu Grabe getragen.

Leider gab es damals wenig Widerstand. Der Antrag der

KPÖ im Landtag, das Land solle mit den betroffenen Gemeinden die Häuser selbst kaufen, wurde zwar angenommen, aber nie verwirklicht.

Der Ankauf wurde nie ernsthaft betrieben. „So wurde *kampflos* zugesehen, wie wieder ein Stück sozialer Wohnbau dem Privatisierungswahn zum Opfer fällt. Den Schaden haben die Mieterinnen und Mieter“, hat die KPÖ im Juli 2007 geschrieben.

Die Judenburger KPÖ-Gemeinderätin Christine Erschbaumer ist als EGAM-Mieterin persönlich betroffen: „Eine Sanierung ist *dringendst* notwendig. Ich wende mich aber strikt gegen eine unzumutbare Belastung bei der Sanierung der Wohnhäuser. Mindestpensionisten und einkommensschwache Familien dürfen auf keinen Fall für die Kosten aufkommen. In unserer Siedlung geht schon jetzt die Angst vor dem Ausziehen aus der Wohnung um. Manche Mieter haben schon schlaflose Nächte.“



KOMMENTAR

von LAbg. Renate Pacher



Weisungsfreiheit sichert die Unabhängigkeit

Der Umweltanwalt ist bei seinen Entscheidungen an keine Weisungen gebunden“. Mit diesem einfachen Satz wird im derzeitigen Gesetz die Weisungsfreiheit dieser Anwaltschaft festgeschrieben. Die gleiche Regelung gilt für zahlreiche andere Organe, z.B. den Unabgängigen Verwaltungssenat, die Ethikkommission, die Kinder- und Jugendanwalt, die PatientInnen- und Pflegeombudschaft oder die Behindertenanwaltschaft.

Diese Weisungsfreiheit ist gut und wichtig, denn sie bildet die Grundlage für ein unabhängiges Handeln der Anwaltschaften im Interesse ihrer KlientInnen.

Umso befremdlicher ist es, dass eine Gesetzesnovelle in die Begutachtung geschickt wurde, die dieser Weisungsfreiheit Grenzen setzt. Nun sollen diese Organe der Aufsicht der Landesregierung unterliegen. Dieser wird auch das Recht eingeräumt sich über alle Gegenstände der Geschäftsführung zu informieren und – besonderes schwerwiegend

– sie hat das Recht die Organe aus wichtigen Gründen abzu-berufen.

Sollte dieser Entwurf Gesetz werden, bedeutet dies eine deutliche Verschlechterung der Stellung dieser wichtigen Einrichtungen.

Deshalb hat die KPÖ im letzten Landtag in einer Anfrage an Landeshauptmann Franz Voves ihre Besorgnis über diese Änderungspläne dargelegt. Der Landeshauptmann antwortet, noch sei nichts in Stein gemeißelt und die Bedenken könnten durchaus in den Entwurf einfließen. Auf den ersten Blick scheint die geplante Verschlechterung der Weisungsfreiheit vielleicht nicht so wichtig. Aber damit würde die unabhängige Arbeit vieler wichtiger Stellen eingeschränkt. Und das kann dann sehr wohl massive Auswirkungen auf die Vertretung von Menschen und ihrer Anliegen haben. Und das kann jeden und jede BürgerIn treffen.

LAbg. Renate Pacher

E-Mail: renate.pacher@kpoe-steiermark.at

Vorankündigung:

SCHMETTERLINGE

Samstag, 21. November, RESTI Fohnsdorf, Josefiplatz 3a, Fohnsdorf
Die KPÖ Fohnsdorf feiert ihr 90-jähriges Bestehen. Zu diesem Anlass werden die legendären „Schmetterlinge“ ihr neues Programm präsentieren.